Protokoll:

Rm Assenmacher (CDU) schildert, die Feststellung des Jahresabschlusses sei mathematisch nicht zu beanstanden, aber in der Begründung. Der Betriebszweig „Krematorium“ weise eine erhebliche Belastung aus. Die CDU- Fraktion erinnere in diesem Zusammenhang an ihren Antrag, den Betriebszweig zu privatisieren, da auf die Dauer die Belastungen zu hoch seien. Er kritisiert den Neubau und dass der Bereich der Stadtgärtnerei nicht aufgegriffen werde.

Rm Lehmkühler (SPD) ist der Meinung, dass eine Privatisierung zwar Vor- und Nachteile habe, aber die strukturellen Probleme nicht lösen könne. Die Bruttograbfläche und die Anzahl der Friedhöfe sei zu groß für Koblenz.

Beigeordneter Prümm führt aus, dies habe man im Ausschuss intensiv beraten und Berechnungen aufgestellt. Das Betriebsgebäude werde auf Wunsch der Fraktionen vom Hochbauamt neu geplant. Allerdings lägen die Prioritäten des Hochbauamtes derzeit im Kitabereich. In der nächsten Werkausschusssitzung wolle man die Planungen aber vorstellen. Die Stadtgärtnerei mache ihre Sache gut.

Rm Assenmacher (CDU) erklärt, er sei nicht im Ausschuss und daher dort auch nicht anwesend gewesen. Es gehe nicht darum wie die Stadtgärtnerei ihre Sache mache, sondern um den betriebswirtschaftlichen Hintergrund.

CDU- Fraktionsvorsitzende Schuhmann- Dreyer nimmt Bezug auf Rm Lehmkühler (SPD). Wenn dieser meine, die Stadt habe zu viele Friedhöfe dann solle er Bezirksfriedhöfe vorschlagen. Man sei bereit sich mit diesen Themen auseinander zu setzen.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig stellt für die Öffentlichkeit richtig, dass die Privatisierung des Krematoriums und der Stadtgärtnerei sowie die Friedhöfe Teil der Prüfungsliste der Haushaltsstrukturkommission sei. Die Sache werde weiter verfolgt.

Beigeordneter Prümm ergänzt, man habe sich in der letzten Sitzung des Werkausschuss Grünflächen- und Bestattungswesen intensiv mit der Belegung der Friedhöfe beschäftigt. Fakt sei, dass es nur zwei oder drei Friedhöfe in Koblenz gebe, die überleben könnten. Alle anderen Friedhöfe würden langfristig Probleme bekommen und könnten ihre Gebühren nicht mehr lange halten. Eine Zusammenlegung von Friedhöfen werde notwendig.

Rm Bordelle (FDP) schließ sich dem an. Es müsse wohl über die Schließung einiger Friedhöfe nachgedacht werden.

Rm Lehmkühler (SPD) revidiert, er habe nicht gesagt, dass Stadtteilstädte Friedhöfe notwendig würden. Es müssten keine Friedhöfe aufgegeben werden, sondern man müsse sich den strukturellen Problemen widmen.